



Sehr geehrte Damen und Herren,

die erste Sitzung des Bundesrates in diesem Jahr stand im Zeichen der Erdbebenkatastrophe im türkisch-syrischen Grenzgebiet. In einer Schweigeminute gedachte der gesamte Bundesrat der Opfer und sprach den Angehörigen sein Mitgefühl aus.

Auf der Tagesordnung stand heute neben vielen anderen Punkten auch das Gesetz für einen besseren Hinweisgeberschutz („Whistleblower-Gesetz“). Trotz des von allen Ländern mitgetragenen Zieles, Hinweisgeber in Unternehmen oder auch der öffentlichen Verwaltung besser zu schützen, hätte die Umsetzung des konkreten Gesetzentwurfs einen hohen Aufwand erfordert und vor allem kleinere und mittelständische Unternehmen besonders belastet. Der Gesetzentwurf der Bundesregierung fand deshalb keine Mehrheit im Bundesrat.

Mehr zu den Themen der heutigen Sitzung und was noch so in der Hessischen Landesvertretung in Berlin geschehen ist, können Sie wie gewohnt unserem Newsletter entnehmen.

Ihre
Lucia Puttrich

Hessische Ministerin für Bundes- und Europaangelegenheiten und
Bevollmächtigte des Landes Hessen beim Bund

BUNDESRAT - Plenarsitzung am 10. Februar 2023



© Bundesrat | Simone Neumann

Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestags **Gesetz für einen besseren Schutz hinweisgebender Personen sowie zur Umsetzung der Richtlinie zum Schutz von Personen, die Verstöße gegen das Unionsrecht melden (Hinweisgeberschutzgesetz)**

Mehr Kritik als Einverständnis dominierte die Bundesratsdebatte über das Hinweisgeberschutzgesetz. Demzufolge erhielt das Gesetz nicht die erforderliche Zustimmung des Bundesrates, die es aber für ein Inkrafttreten benötigt. Hessen enthielt sich zur Frage der Zustimmung.

Bereits im Dezember 2022 hat der Deutsche Bundestag das Gesetz zum besseren Schutz für hinweisgebende Personen, so genannte Whistleblower, verabschiedet. Das Gesetz dient der Umsetzung der EU-Whistleblowerrichtlinie. Die Richtlinie verlangt von den Mitgliedstaaten, Whistleblower besser vor Repressalien zu schützen, wenn diese Verstöße gegen Unionsrecht melden, von denen sie im beruflichen Kontext Kenntnis erlangt haben. Hierzu müssen Unternehmen ab 50 Beschäftigte einen internen Meldeweg einrichten. Zusätzlich müssen die Beschäftigungsgeber nach dem zur Abstimmung gestellten Gesetz auch einen anonymisierten Meldekanal zur Verfügung stellen, der eine anonyme Kommunikation mit dem Hinweisgeber ermöglicht. Dies ist nur mittels eines speziellen IT-Systems möglich, wodurch den Unternehmen erhebliche finanzielle Belastungen auferlegt werden. Der vorliegende Gesetzentwurf geht auch in anderen Punkten über die Vorgaben der Richtlinie hinaus. Der Hessische Justizminister Prof. Dr. Roman Poseck hat einige Kritikpunkte in einer Plenarrede dargelegt.

>>> [zum Video](#)



© Bundesrat | Simone Neumann

Gesetzentwurf der Bundesregierung **Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung von Maßnahmen zur Demokratieförderung, Vielfaltgestaltung, Extremismusprävention und politischen Bildung (Demokratiefördergesetz – DFördG)**

Der Bundesrat hat sich heute auch zum Regierungsentwurf für ein Demokratiefördergesetz geäußert und eine Stellungnahme verabschiedet.

Mit diesem Gesetz sollen im Rahmen der verfassungs- und haushaltsrechtlichen Vorgaben Projekte im Bereich der Demokratieförderung, zur politischen Bildung, zur Prävention jeglicher Form von Extremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit sowie zur Gestaltung von gesellschaftlicher Vielfalt und Teilhabe unterstützt werden, insbesondere durch eine Verbesserung der rechtlichen Rahmenbedingungen und der gesetzlichen Absicherung der Fördermaßnahmen.

Die Stellungnahme des Bundesrates geht nun an die Bundesregierung, die sich dazu äußern kann. Anschließend wird der Vorgang an den Deutschen Bundestag weiterleitet.

Sofern dieser das Gesetz verabschiedet, werden die Länder in einer der nächsten Plenarsitzungen noch einmal abschließend darüber beraten.

>>> mehr dazu auf [Bundesrat.de](https://www.bundesrat.de)

Die Hessische Landesvertretung - ein Treffpunkt in Berlin

18. Januar 2023



© HLV Berlin

Staatsministerin Lucia Puttrich empfängt den Botschafter der Demokratischen Bundesrepublik Nepal in Berlin

Staatsministerin Lucia Puttrich empfing am 18. Januar 2023 den Botschafter der Demokratischen Bundesrepublik Nepal, Herrn Ram Kaji Khadka, zu einem Gespräch. Die Ministerin und der Botschafter tauschten sich über die allgemeine Lage in Nepal, aber auch über Möglichkeiten der Weiterentwicklung der Zusammenarbeit zwischen Nepal und Deutschland im Allgemeinen und Hessen im Besonderen aus. Themen waren dabei unter anderem der kulturelle Austausch zwischen Nepal und Hessen sowie Bildungsfragen.

175 Jahre Paulskirche

Einführungsvortrag, Würdigung und szenische Lesung in der Landesvertretung

Am 18. Mai 1848 versammelten sich erstmals in der deutschen Geschichte die Abgeordneten eines Parlamentes aller damals im Deutschen Bund vereinten 39 Staaten in der Frankfurter Paulskirche, um über eine freiheitlich-demokratische Verfassung und die Bildung eines deutschen Nationalstaates zu beraten. Zu ihrem Präsidenten wählten sie den Südhessen Heinrich von Gagern. Ergebnis dieser Beratung war die knapp ein Jahr später in Kraft getretene Frankfurter Reichsverfassung. Ihr seinerzeit revolutionäres Gedankengut sollte seine eigentliche Vollendung erst 100 Jahre später durch den Parlamentarischen Rat im Bonner Grundgesetz von 1949 finden.

Die Hessische Landesvertretung Berlin widmet diesem Jubiläum eine Veranstaltungsreihe, deren Auftakt mit Vorträgen des Historikers Prof. Dr. Dieter Hein sowie des Verfassungsrechtlers Prof. Dr. Christian Waldhoff am 8. Februar stattgefunden hat. Daneben wurden Originaltexte aus der damaligen Parlamentsdebatte von Schauspielern des Berliner Amateurbühnenverbandes vorgetragen.

8. Februar 2023



© HLV Berlin | Henning Schacht

TERMINVORSCHAU

Plenarsitzung des Bundesrates

Der Bundesrat wird am 3. März 2023 erneut zusammentreten.

Plenarwoche des Deutschen Bundestags

Die nächste Sitzungswoche des Deutschen Bundestags findet vom 27. Februar bis 3. März statt.

Sollten Sie kein Interesse an unserem Newsletter haben oder Korrekturen Ihrer Kontaktdaten wünschen, können Sie uns gerne eine E-Mail an veranstaltungen@lv.hessen.de senden.

Wir speichern auf Basis von Art. 6 Abs. 1 Buchst. e DSGVO Ihre Kontaktdaten, um Ihnen den Informationsdienst der Hessischen Landesvertretung zuzuschicken. Damit Sie diesen Newsletter auch zukünftig erhalten, speichern wir Ihre Daten dauerhaft, solange Sie der Speicherung Ihrer Daten nicht widersprechen.

Sie haben das Recht, von uns Auskunft über die bei uns zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten. Sie können der Speicherung widersprechen und haben das Recht auf Berichtigung, Sperrung/Einschränkung und Löschung Ihrer gespeicherten Daten.

Verantwortlich für die Datenverarbeitung ist die Hessische Landesvertretung, In den Ministergärten 5, 10117 Berlin, datenschutzbeauftragter@lv.hessen.de.

Sie können sich über die Verarbeitung Ihrer personenbezogenen Daten bei der zuständigen Aufsichtsbehörde beschweren. Das ist der Hessische Datenschutzbeauftragte, Gustav-Stresemann-Ring 1, 65189 Wiesbaden.

Bildnachweise Banner ©Henning Schacht (1., 2., 3., 4. v.l.), ©T. Koch (2.v.r.)

Hessische Landesvertretung
In den Ministergärten 5
10117 Berlin